

Antrag 181/II/2018**KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung (Konsens)****Für einen von ausländischen Staatsinteressen unabhängigen Islam, zur besseren Integration****1 Den Populisten den Nährboden entziehen!**

2 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und in der
3 SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus mögen sich für fol-
4 gende Regelungen auf Landesebene einsetzen und zur
5 Umsetzung bringen.

6

7 Für die Förderung eines eigenständigen, organisierten Is-
8 lam als in Deutschland etablierte und akzeptierte Reli-
9 gionsgemeinschaft ist es notwendig, dass durch einen
10 Staatsvertrag zwischen dem Land Berlin und den Berliner
11 islamischen Verbänden bzw. Moscheegemeinden die Vor-
12 aussetzungen hierfür geschaffen werden.

13 Ziel ist es, ein Islamverständnis zu fördern, welches die
14 demokratischen Werte der Gesellschaft und die festge-
15 schriebenen Grundrechte aufnimmt.

16

17 Die Staatsverträge mit muslimischen Verbänden bzw. Or-
18 ganisationen sollen folgende Ziele,

19

- 20 • Befähigung zur Gründung einer Körperschaft des
21 öffentlichen Rechts – vergleichbar den christlichen
22 Kirchenorganisationen -,
- 23 • die muslimische Religionsausübung im Verhältnis
24 zum Staat,
- 25 • den Religionsunterricht,
- 26 • die Unabhängigkeit von ausländischen staatspoliti-
27 schen Interessen sowie Finanzierung,

28

29 regeln.

30

31 Die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Einrichtung ei-
32 nes islamischen Instituts an der Humboldt-Universität
33 zu Berlin mit vier Lehrstühlen zum Wintersemester
34 2018/2019 sind auszubauen. Gleichzeitig kritisieren wir
35 vehement die Zusammensetzung des Beirats, der sich
36 ausschließlich aus konservativen und fundamentalisti-
37 schen Verbänden zusammensetzt, die einem liberalen Is-
38 lam entgegenstehen.

39

40 Begründung

41 Die Bundesrepublik Deutschland, insbesondere die Bal-
42 lungszentren wie Berlin, sind seit Jahrzehnten Zielland
43 von Einwander*innen aus Staaten mit mehrheitlich mus-
44 limischer Bevölkerung, die auch hier ihr Recht wahrneh-
45 men, Ihre Religion auszuüben. Was seit den 1960er Jah-
46 ren überwiegend Bürger aus der Türkei betraf, war in
47 den 90er Jahren vom Balkan, in den 2000er aus u.a aus
48 der Nordkaukasus-Region und seit 2015 auch vermehrt

(WIEDERVORLAGE | LPT II/2018+LPT I/2019:Überwiesen an
AG Migration und Vielfalt, AH Fraktion, FA III - Innen- und
Rechtspolitik)Es liegen keine Stellungnahmen vor.

49 aus den sog. „Maghreb-Staaten“ Nordafrikas jedoch ganz
50 überwiegend aus dem arabischen Raum, wie Syrien und
51 Irak festzustellen.

52 Seit vielen Jahren wird dem Bedürfnis der muslimi-
53 schen Bürger*innen nach freier Religionsausübung in den
54 verschiedenen Gemeinden durch religiöse Kulturvereine
55 nachgekommen. Bei der Mehrzahl der türkisch dominier-
56 ten Vereine handelt es sich um Vereine des Dachverbands
57 Ditib, dessen Personal und Objekte vom türkischen Reli-
58 gionsministerium gestellt und finanziert werden. Diese
59 Form, die auf Grund der Arbeitsmigration bzw. Anwer-
60 bung entwickelt und durch Verträge zwischen der Bun-
61 desrepublik Deutschland und der Türkischen Republik ver-
62 einbart wurden, sind nicht mehr zeitgemäß.

63 Sie bedürfen neuer, auf Integration ausgerichtete Struk-
64 turen. Hinzu kommt, dass die Türkei zwischenzeitlich ihre
65 bislang eher laizistische Ausrichtung aufgegeben hat und
66 eine politische Einflussnahme über die türkischen Staats-
67 beamteten als Imame der Ditib-Vereine ausübt.

68
69 Für die vielen arabischen Zuwander*innen gibt es hinge-
70 gen aufgrund von fehlenden Finanzierungen nicht genü-
71 gend Angebote, die sich sichtbar und offen an diese Grup-
72 pe wenden.

73 Arabische Vereine finanzieren sich überwiegend frei, dürf-
74 ten jedoch bei einer konservativ-sunnitischen Ausprä-
75 gung insbesondere finanziellen Zuwendungen aus Saudi-
76 Arabien zur Durchsetzung der wahabitischen Form der
77 Glaubensauslegung als saudische Staatsreligion offen ge-
78 genüber stehen.

79 Bei allen Imamen ist jedoch zu beobachten, dass diese
80 sich zwar bemühen, auf Deutsch zu predigen, jedoch sel-
81 ten einen persönlichen oder religiösen Bezug zur Lösung
82 von auftretenden Alltagsproblemen insbesondere auf Ba-
83 sis der Werteordnung des Grundgesetzes oder mehrheits-
84 gesellschaftskonforme Lösungen anbieten können.

85
86 Die gerade aus traditionalistisch-konservativen Kreisen
87 ablehnenden und teilweise verunglimpfenden Reaktio-
88 nen, aber auch die wohlwollenden Reaktionen aus der
89 Mehrheitsgesellschaft auf die Eröffnung der ersten libera-
90 len Moschee in Berlin, die eine durchaus auch unter inte-
91 grierten Muslimen mehrheitsfähige Auslegung des Islam
92 vertritt, der die Gleichstellung von Mann und Frau, Homo-
93 sexuellen sowie religiösen Minderheiten vereinbart, zei-
94 gen, dass hier dringender gesetzgeberischer Handlungs-
95 bedarf besteht.

96
97 Dieses liberale Islamverständnis sollte politisch unter-
98 stützt, gesellschaftlich aufgegriffen und mit einem is-
99 lamwissenschaftlichen Diskurs an den Hochschulen in
100 Deutschland (insbesondere in Berlin) weiterentwickelt
101 werden.